

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

23.7.1929 (No. 168)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verantwortlicher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
Chefredakteur  
E. Amen,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen trittfalliger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern besprochen. Bei Klagerückgabe, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Deutsches, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Preiswettbewerb für bildende Künstler Badens

Das Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts, unterstützt durch die Gesellschaft der „Freunde der Badischen Kunstschule“ und privater Gönner, erläßt zur Förderung der Kunst in Baden ein Preiswettbewerb, zu dessen Bearbeitung alle bildenden Künstler Badens aufgefordert werden. Als Thema wurde gewählt:

#### Das Selbstbildnis des Künstlers.

Hiermit soll allen freien Künstlern, Malerei, Skulptur und Originalgraphik, Gelegenheit gegeben werden, ein Werk zu schaffen, das nicht nur Ausdruck der künstlerischen Einzelpersonlichkeit ist, sondern darüber hinaus den geistigen Menschen unserer Zeit überhaupt zur bildlichen Darstellung zu bringen vermag.

Das Preiswettbewerb richtet sich an alle in Baden wohnhaften bildenden Künstler, einschließlich der Meisterschüler der Badischen Landeskunstschule; es betrifft ausschließlich Werke, die bisher auf Ausstellungen noch nicht gezeigt wurden. Der Wettbewerb ist mit einer Ausstellung der eingegangenen Werke verbunden, die in der Badischen Kunstschule vom 1. Februar bis 15. März 1930 stattfinden wird. Die Arbeiten sind bis spätestens 15. Januar dorthin einzusenden. Die erforderlichen Anmeldebögen zum Wettbewerb sind vom Ministerium des Kultus und Unterrichts, von der Geschäftsstelle des Reichsverbandes bildender Künstler, Gau Südwestdeutschland, in Karlsruhe, Stephaniensstraße 82, vom Sekretariat der Landeskunstschule Karlsruhe oder vom Sekretariat der Kunstgewerbeschule Porzellan zu beziehen und zusammen mit den eingeleisteten Arbeiten ausgefüllt an das Sekretariat der Badischen Kunstschule zu richten. Zu den Kosten des Transports, die dem Einsender obliegen, kann auf begründeten Antrag beim Ministerium des Kultus und Unterrichts in Notfällen Beihilfe gewährt werden.

#### Preise:

Ein Preis für Malerei	1500 RM
Ein Preis für Bildhauerei	1500 RM
Ein Preis für Originalgraphik	400 RM

Außerdem sind folgende Ehrengaben vorgesehen:  
3 Ehrengaben für Malerei a 1000 RM  
1 Ehrengabe für Bildhauerei a 1000 RM  
1 Ehrengabe für Originalgraphik a 200 RM.

Die Ehrengaben sind für nicht hauptamtlich besoldete Künstler vorbehalten. Die prämierten Arbeiten bleiben freies Eigentum der ausstellenden Künstler; Ankäufe unter den eingelieferten Arbeiten für die Badische Kunstschule sind in Aussicht genommen; ebenso können Verkäufe der übrigen Werke durch das Sekretariat der Badischen Kunstschule kostenlos vermittelt werden.

#### Preisrichterkollegium:

- Professor Adolf Bühler, Karlsruhe.
- Konservator Dr. S. Fischei, Karlsruhe.
- Professor Dr. Alb. Sauter, Karlsruhe.
- Professor Christian Volk, Karlsruhe.
- Professor Dr. Karl Wulzinger, Karlsruhe.

Dem Preisrichterkollegium bleibt vorbehalten, gegebenenfalls die Verteilung der Ehrengaben in veränderter Form vorzunehmen; jedoch bleiben auf jeden Fall diese Ehrengaben den nicht hauptamtlich besoldeten Künstlern vorbehalten; ebenso entscheidet das Preisrichterkollegium über aus Raumgründen notwendig werdende Einschränkungen in der Zahl der auszustellenden Werke.

Es ist geplant, die ausgestellten Werke späterhin auch in anderen badischen Städten geschlossen zu zeigen.

Die Reichseinnahmen im Monat Juni betragen bei den Zölle- und Verbrauchssteuern 329,4, bei den Zölle- und Verbrauchssteuern 216,7, zusammen 546,1 Mill. M. Für das erste Vierteljahr des angefangenen Finanzjahres stellen sich die Ziffern auf 1434,3 und 952,2, zusammen auf 2386,5 Mill. M. Gegenüber dem Gesamtvoranschlag von 9325 Mill. M. für das ganze Finanzjahr ist damit das Vierteljahresziel im ersten Vierteljahr nicht erreicht, weil die Zahlungsstermine für die Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie die Abrechnungen der Zollämter in spätere Vierteljahre fallen.

Die Polizeikasse in Berlin am Verfassungstage. Für die Nacht vom 11. August, dem Verfassungstage, zum 12. August wird in Berlin die Polizeikasse für Gast- und Schankwirtschaften aufgehoben.

Verählung des Fürsten Franz von Siedentz. Der regierende Fürst von Siedentz ließ sich Montag abend in der Wiener Pfarrkirche mit der verwitweten Baronin Elsa Croes, geb. von Gutmann, trauen.

### Letzte Nachrichten

#### Deutschland und der Konferenzort für ein neutrales Land

M. Berlin, 23. Juli (Priv.-Tel.) Zu den Gerüchten über die Wahl des Konferenzortes für die Reparationsverhandlungen erfahren wir, daß der Standpunkt der Reichsregierung selbstverständlich gegen Brüssel und jede andere belgische Stadt ist, auch wenn das nicht, wie in einzelnen Blättern behauptet wurde, in Form eines Protestes geschehen ist. Dagegen hat die Reichsregierung keinen Zweifel in den Verhandlungen darüber gelassen, daß sie unbedingt einen neutralen Ort fordert und sich dabei auf Poincaré berufen könne. Ebenso ist sie mit den Versuchen, die Konferenz zu verfrachten, unter keinen Umständen einverstanden und wird sich auch gegen jede Teilung der Konferenz, die wieder in Vorschlag gebracht zu sein scheint, wehren.

#### Stresemann fährt nach Wildungen

M. Berlin, 23. Juli. (Priv.-Tel.) Reichsaußenminister Dr. Stresemann, dessen Gesundheitszustand übrigens entgegen gewissen Nachrichten durchaus gut ist, hat seinen Aufenthalt in Wildungen abgebrochen und ist zur Kur nach Wildungen gefahren.

#### Beginn des Ullig-Prozesses

W.D. Kattowitz, 23. Juli. (Tel.) Heute morgen begann unter ungeheurer Andrang der polnischen, ostoberschlesischen, deutschoberschlesischen, reichsdeutschen und ausländischen Presse der Prozess gegen den Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien, Otto Ullig, wegen Beihilfe zur Entziehung vom Militärdienst.

Der Angeklagte Ullig bestritt die ihm zur Last gelegten Straftaten in vollem Umfang. Es handelte sich um einen politischen Prozess, und bekanntermaßen werde in politischen Prozessen häufig mit gefälschten Dokumenten operiert, wie das der Dreifuß-Prozess und erst in kürzester Zeit der Orlov-Prozess bewiesen hätten. Er bestritt, daß die inkriminierte Urkunde in seinem Büro angefertigt worden sei. Ebenso bestritt er, daß die Unterschrift unter diesem Dokument von ihm herrühre. — Der Vorsitzende fragte hierauf den Angeklagten nach dem Zweck des Volksbundes und nach der Art und Weise der Verwirklichung der Ziele des Bundes, worauf Ullig erklärte, daß der Volksbund es sich zum Ziel gesetzt habe, kulturelle Rechte der Deutschen in Ostoberschlesien zu wahren.

#### Verhaftung von Kommunisten in Prag

W.D. Prag, 23. Juli. (Tel.) Die Prager Polizeidirektion hat gestern sämtliche Teilnehmer an der vom proletarischen Aktionsausschuß in das Volkshaus der Prager Vorstadt Vojtěch an einberufenen kommunistischen Konferenz festgesetzt. Es wurden 40 Personen, die sich nicht ordnungsmäßig legitimieren konnten, oder die der Revision Widerstand entgegensetzten, festgenommen und in Haft gehalten. Unter diesen befindet sich auch der kommunistische Abgeordnete Haras, der sich Gewalttätigkeiten gegen die Polizei zuschulden kommen ließ.

#### Um die Sanierung der Reichskasse wenig Aussicht auf Steuererhöhung

Aus Reichstagskreisen wird dem „Demokratischen Zeitungsdiener“ u. a. mitgeteilt:

Die Vorbereitungen des Haushaltsplanes für das nächste Jahr im Schoß der Ministerien haben bereits begonnen. Die für dieses Jahr erparierten 400 Millionen Darlehszahlungen werden voraussichtlich in erster Linie dazu Verwendung finden müssen, um die Kassenlage des Reiches zu bessern. Weiterhin wird mit dieser Summe das voraussichtliche Defizit des laufenden Haushaltsplanes beseitigt werden müssen, das von Finanzkennern auf 250 Millionen geschätzt wird. Es bleibt alsdann zu überlegen, in welcher Weise das Defizit des vorjährigen Haushaltsplanes, das sich auf 154 Millionen beläuft, beseitigt wird. — Mehreinnahmen sind nur durch die erhöhten Zölle zu erwarten. Diese Summe ist aber sehr gering. Sie wird in diesem Jahre auf etwa 25 Millionen Reichsmark geschätzt. — Daß mit erheblichen Mindereinnahmen zu rechnen ist, zeigt die letzte veröffentlichte Übersicht über die Reichseinnahmen im Juni 1929. Insgesamt zeigen diese Zahlen, daß selbst bei sparsamer Finanzwirtschaft mit den 400 Millionen Ersparnissen in diesem Jahre die geplante Steuererhöhung wohl kaum durchzuführen sein wird. Als frühestes Termin einer solchen Steuererhöhung wird der 1. April 1930 genannt.

Auch in den finanzpolitischen Kreisen des Reichstags ist man sich darüber klar, daß eine Steuererhöhung nur dann erfolgen kann, wenn eine Summe zur Verfügung steht, die mindestens 400–500 Millionen beträgt. Die Ersparnisse des Haushaltsplans bringen diese Summen aber nicht auf, da durch Reichsbahn, Industrieobligationen und durch das Defizit des Haushaltsplans diese Summe so vermindert werden wird, daß neue Einnahmequellen gesucht werden müssen.

### \* Die Ratifikation vollzogen

Die französische Kammer hat gestern mit einer Mehrheit von 8 Stimmen das Schuldenabkommen mit Amerika ratifiziert. Nach der Geschäftsordnung hätte ja schließlich auch eine Stimme Mehrheit zur Annahme genügt. Die Hauptsache ist, daß nunmehr die Ratifizierung des Schuldenabkommens endlich ausgesprochen wurde, und daß damit der Weg frei wird für die Erledigung der großen anderen Probleme. An der Zustimmung des Senats ist wohl nicht zu zweifeln.

Vor der Abstimmung hatte das Kabinett nochmals die Vertrauensfrage gestellt. Sie war mit 301 Ja-Stimmen (gegen 275 Nein-Stimmen) beantwortet worden. Auch diese Mehrheit ist ausreichend, aber gewiß nicht imponierend. Das französische Kabinett kann immerhin von Glück sagen, daß überhaupt eine Mehrheit auf die Beine gebracht worden ist. Denn schon kurz vor der Abstimmung zeigte es sich, daß ein erheblicher Teil der Rechtsmehrheit, auf die sich das Kabinett stützt, zur Opposition übergehen würde. Dieser Ausfall ist dann annähernd dadurch ausgeglichen worden, daß ein Teil der Radikalsozialisten für die Regierung stimmte.

Wäre durch einen Zufall die Ratifizierung abgelehnt worden, so wäre das gleichbedeutend mit dem Sturz des Kabinetts Poincaré gewesen, und Herr Serriot, einer der Führer der Linken, hätte wahrscheinlich das neue Kabinett zu bilden gehabt.

Auch er hätte dann nichts anderes tun können, als die Kammer von neuem um die Ratifizierung zu ersuchen. Die ganze Politik der Linken war offensichtlich darauf abgestellt, die Regierung zu stürzen. Nur deshalb opponierte man der Ratifizierung. Innerlich wußte man ganz genau, daß das Kabinett Poincaré nur seine Pflicht erfüllte, wenn es auf der Ratifizierung bestand, und daß jedes andere Kabinett ebenso hätte handeln müssen.

Die Kammer hat also die Ratifizierung ausgesprochen. Was sie sonst noch tat, ist lediglich eine innerpolitische Angelegenheit, welche Amerika nicht weiter zu berühren braucht. Die Vorbehalte, die also von der Mehrheit sehr präzise formuliert worden sind, binden lediglich die französische Regierung, sind aber für das Vertragsverhältnis zwischen Amerika und Frankreich ohne rechtliche Bedeutung. Die Bindung für die Regierung besteht darin, daß in aller Form die Abzahlung der Schulden an Amerika abhängig gemacht wird von dem Eingang der deutschen Reparationszahlungen.

Wie ist nun der Sieg des Kabinetts zu beurteilen? Zunächst muß festgestellt werden, daß Poincaré an diesem Sieg unschuldig ist. Er hat sich in der letzten Woche von den Verhandlungen gänzlich ferngehalten und dieses Tun mit einer Erkrankung begründet. Sehr ernst ist die Krankheit indessen wohl nicht. Man erzählt sich, daß Poincaré in der Kabinettsitzung mit seinem Plan, die Ratifizierung des Schuldenabkommens nötigenfalls im Verordnungswege durchzuführen, allein geblieben ist, und daß er sich deshalb verärgert zurückgezogen habe. Tatsache ist, daß in den letzten Tagen der Außenminister, Herr Briand, als Sprecher des Kabinetts fungierte. Und er hat das, zumal gestern, mit einem solchen taktischen und rhetorischen Geschick getan, daß wohl nur so die Ratifizierung möglich geworden ist. Briand hat den Schatten des Weltkrieges heraufbeschworen, die Bedeutung der amerikanischen Bundesgenossenschaft mit leidenschaftlichen Tönen gepriesen und so die Kammer in eine Stimmung versetzt, daß man der Abstimmung mit leidlichem Vertrauen entgegensehen konnte. Das Ganze war ein großer persönlicher Sieg Briands.

Aber unter keinen Umständen ein Sieg des Kabinetts Poincaré! Die innere Krise in Frankreich ist durch die gestrige Abstimmung keineswegs aus der Welt geschafft worden. Im Gegenteil! Sie bleibt bestehen. Denn nach rechts hin hat das Kabinett durch seine Haltung in der Frage der Ratifizierung an Boden verloren, und links wartet die Opposition auf den guten Moment, um das Kabinett zu Fall zu bringen. Gewiß wird man noch etwas zartieren, zumal schon in gut 14 Tagen die große Regierungskonferenz stattfinden soll und es sehr gefährlich wäre, noch vorher eine Krise zu provozieren. Parlamentarisch gibt es ja auch im Augenblick keine Sandbude dafür.

Für die Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland ist die gestern ausgesprochene Ratifizierung

Mit der Beilage: Gewinnliste der Badischen Geldlotterie zu Gunsten des Kehler Turnvereins 1848 e. V.

des amerikanisch-französischen Schuldenabkommens von hohem Nutzen. Frankreich hat damit erst die rechte Voraussetzung für die Durchführung des Youngplans geschaffen. Dieser Youngplan selbst aber ist wiederum seinerseits mit dem Schuldenabkommen derartig eng verknüpft, daß im Ernst überhaupt nicht mehr daran gedacht werden kann, diesen Plan und seine Ratifizierung in Frage zu stellen.

## Das Befinden des Reichskanzlers

### Leichte Besserung

W.D. Heidelberg, 23. Juli. (Tel.) Der Reichskanzler verbrachte eine ruhige Nacht. Der Zustand des Patienten wird von den Ärzten weiter als leidlich gut bezeichnet.

Heute vormittag 9.30 Uhr wurde von den behandelnden Ärzten, Geh. Rat Enderlen und Geh. Rat von Krehl folgender Bericht über das Befinden des Reichskanzlers ausgegeben: „Der Zustand des Herrn Reichskanzlers ist nach dem heutigen Befund als zufriedenstellend zu bezeichnen. Nach privaten Meldungen ist im Befinden des Kanzlers im Laufe des heutigen Tages eine kleine Besserung eingetreten, die jedoch nicht überschätzt werden darf.“

Die lebhafte Anteilnahme der Außenwelt am Ergehen des Reichskanzlers kommt in der großen Zahl von Telegrammen zum Ausdruck, die bisher eingegangen, unter ihnen solche von apostolischen Nuntius Facelli, dem Staatssekretär der Reichsfinanzlei, den Gesandten Kaufser, v. Freytag und Dr. Müller, Bern, dem italienischen und dem japanischen Votschafte, dem württembergischen Staatspräsidenten Bels, von der Zentrumsfaktion des Reichstags usw.

### Die Vorgeschichte der Erkrankung

Über die Operation des Kanzlers wird gemeldet, daß keine Gallensteine vorgefunden wurden, daß vielmehr lediglich eine Infektion der Gallenblase vorlag. Infolgedessen war eine Weitegung der Gallenblase nicht erforderlich. Die Ärzte beschränkten sich lediglich auf Öffnung des Abganges, um den Krankheitsstoffen einen Abfluß zu verschaffen. Ob eine neuerliche Operation notwendig sein wird, hängt von dem Verlauf des Heilungsprozesses ab. Es bestätigt sich, daß die Krankheit des Kanzlers erst in den letzten Tagen die gefährliche Wendung genommen hat. Bis zum Freitag vor acht Tagen hatte sich der Zustand des Kanzlers günstig entwickelt. In diesem Tag trat eine Verschlimmerung ein, die den Kanzler zwang, seitdem das Bett zu hüten. Am Mittwoch voriger Woche schien sich sein Befinden so weit gebessert zu haben, daß ihm der Arzt auf seinen dringenden Wunsch hin erlaubte, den englischen Gesandten in Brüssel, der sich ebenfalls in Mergentheim zur Kur aufgehalten hatte, vor dessen Abreise zu empfangen. In den folgenden Tagen trat dann die kritische Wendung ein.

Was die weitere Behandlung betrifft, so läßt sich mit Sicherheit sagen, daß der Kanzler für längere Zeit sich jeder dienstlichen Tätigkeit widersetzen muß, da der Verd der Erkrankung, die Galle und die Leber, eine lange Behandlung notwendig machen. Politisch bedeutet das, daß die Arbeitskraft Hermann Müllers mindestens für die nächsten beiden Monate ausfallen wird, und daß der Kanzler nicht an der Reparationskonferenz teilnehmen können. Dadurch wird der Außenminister mehr belastet werden. Obgleich sich Gerüchte, daß auch Dr. Stresemann schwer erkrankt sei, unrichtig, Er hatte dieser Tage eine leichte Erkältung, fühlt sich jetzt aber wieder bei guter Gesundheit.

## Die Rekordfahrt der „Bremen“

### Das blaue Band in deutschem Besitz

Der deutsche Schnelldampfer „Bremen“ hat das blaue Band des Ozeans erobert. Das Schiff passierte am Montag das Ambrose-Feuerschiff bei New York um 15.02 Uhr Ortszeit (20.02 M.C.Z.) und stellte damit einen neuen Rekord von vier Tagen, 18 Stunden, 17 Min. her. Die durchschnittliche Stundenleistung auf der ganzen Reise betrug 27,88 Seemeilen. Der bisherige Rekord der „Mauretania“ betrug fünf Tage, 2 Stunden, 34 Minuten.

Bereits vor der Landung in New York konnte der Dampfer „Bremen“ einen neuen Rekord schlagen. Durch Start des in Cherbourg aufgesetzten Postkastens mittels Katapult erreichte die in Cherbourg aufgegebene Post New York bereits um 18.40 Uhr (zirca 18.40 M.C.Z.). Das Flugzeug wurde in der Nähe von Fire Island, eine Fahrstunde von New York entfernt, abgelassen und landete in Brooklyn am Armeepier am Fuße der 58. Straße, wo bereits ein Postauto wartete. Gegen 18 Uhr (New-Yorker Zeit) erreichte die „Bremen“ den Lloydpier in Brooklyn.

W.D. London, 23. Juli. (Tel.) Alle Blätter berichten ausführlich über die Rekordfahrt der „Bremen“ und veröffentlichen Photographien des „neuen Königs des Atlantischen Ozeans“, wie verschiedene Blätter den deutschen Dampfer nennen. „Daily Chronicle“ glaubt, der Cunard-Dampfer „Mauretania“ werde verdrängt, den Ozeanrekord wieder an sich zu bringen. — Einer Exchange-Meldung aus New York zufolge hat die Cunard-Linie den Norddeutschen Lloyd zu der Leistung der „Bremen“, die den Rekord ihres eignen Dampfers „Mauretania“ gebrochen hat, eine Glückwunschkarte geschickt.

Die New-Yorker Morgenblätter berichten an hervorragender Stelle über die Landung der „Bremen“ und feiern die Fahrt der „Bremen“ als ein epochenmachendes Ereignis in der Schiffsahrtsgeschichte.

### Der Empfang der Bremen

W.D. New York, 23. Juli. (Tel.) Die Morgenblätter erklären in ihren Berichten über den gestrigen Empfang der „Bremen“, ein solch jubelnder Empfang sei kaum je zuvor einem fremden Schiff zuteil geworden; es sei zweifellos der ständigste seit Roosevelt's Rückkehr im Jahre 1910.

Kapitan Ziegenbein erklärte, er habe die „Bremen“ nicht überanfragen wollen; es sei aber möglich, noch mehr aus den Matrosen herauszuholen, und er hoffe daher noch einen besseren Rekord aufstellen und 30 Knoten erreichen zu können. Die „Bremen“ schlug auf ihrer Überfahrt den sogenannten Mittelkurs ein, der 49 Meilen länger ist als die von der „Mauretania“ bei ihrer Rekordfahrt benutzte nördliche Route. Die Passagiere der „Bremen“ weisen in ihren Schilderungen auf das Fehlen jedes Vibrirens im vorderen Teil der „Bremen“ hin. Nur auf dem Hinterschiff habe sich das übliche Vibrieren eines großen Ozeandampfers bemerkt gemacht. Man hofft, daß auch dieses Vibrieren zu beseitigen sein wird. Ferner

sollen die Schornsteine des Dampfers um etwa 1.20 Meter erhöht werden, da der Rauch zuweilen das Deck bedrückt hat. Brooklyn und New York werden heute den Kapitän Ziegenbein empfangen. Bürgermeister Walker wird nachmittags das Postflugzeug taufen.

### Ein Telegramm Hindenburgs

M. Berlin, 23. Juli. (Priv. Tel.) Auf ein Telegramm des Direktors Stimmig hat Hindenburg in seiner Antwort die herzlichsten Glückwünsche zu dem Erfolg der „Bremen“ ausgesprochen, den er um so höher schätze, als Deutschland in Handel und Schifffahrt noch immer in schwerem Kampf um seine Gleichberechtigung stehe.

## Der Konflikt im Fernen Osten

### Washingtons Eingreifen

W.D. Washington, 23. Juli. (Tel.) Im Staatsdepartement wurde die Tatsache, daß auf Stimmsons Eingreifen die Regierungen Chinas und der Sowjetunion sich formell verpflichtet haben, den Kelloggpatz zu befolgen, mit großer Genugtuung aufgenommen.

Die Aufmerksamkeit wendet sich nunmehr der durch dieses erfreuliche Ergebnis noch bedeutungsvoller gewordenen Exerzition der Proklamierung des Kelloggpatzes zu, die unter Teilnahme von Coolidge und Kellogg erfolgen wird. Dieser wird bei dieser Gelegenheit in einer Ansprache den Fortschritt der Befriedung der Welt und die Geneigtheit der Regierungen und Völker, auf moralische Argumente zu hören, würdigen. Über die weitere Behandlung des chinesisch-russischen Konflikts sind feste Entschlüsse noch nicht gefaßt. Man will zunächst abwarten, was die beiden Regierungen selbst zu tun gedenken, ehe man neue Schritte unternimmt, die deswegen schwierig sind, weil man sich ungern in ausländische Verwicklungen mischt, und weil man mit der russischen Regierung noch keine diplomatischen Beziehungen unterhält.

W.D. Tokio, 23. Juli. (Tel.) Ein Mitglied des Ministeriums des Äußern erklärte, Japan habe noch immer seine amtliche Mitteilung über den Schritt Stimmsons zur Beilegung der chinesisch-russischen Krise erhalten. Die wesentlichen Tatsachen über diesen Schritt seien zwar durch die Berichte des japanischen Votschafters in Paris bekannt geworden, jedoch sei Japan nach wie vor ohne jede amtliche Notifikation seitens Washingtons. Unter diesen Umständen sei die japanische Regierung nicht in der Lage, sich an der französisch-amerikanischen Aktion zu beteiligen.

Man hat hier den Eindruck, daß Japan in einer Frage, an der es aus höchste interessiert ist, diplomatisch verachlässigt worden sei.

### China für friedliche Beilegung

China hat an Sowjetrußland eine neue Note gerichtet, die dem Wunsch Ausdruck gibt, die Eisenbahnfrage in friedlichen Verhandlungen zu erledigen. Auch an die Signatarmächte des Kelloggpatzes sind Noten der Kantingregierung ergangen, wonach China seine Rechte zwar verteidigen will, aber nicht die Absicht hat, einen Krieg mit Rußland zu beginnen. Die Sowjetregierung hat allerdings einen französischen Vermittlungsvorschlag in dem russisch-chinesischen Konflikt abgelehnt, da dieser Vorschlag infolge der Weigerung der chinesischen Regierung, den von ihr verletzten Rechtszustand wiederherzustellen, ablehne.

W.D. London, 23. Juli. (Tel.) Die „Times“ meldet aus Shanghai: Allgemein wird geglaubt, daß Tschiangkaifschang trotz seiner Votschaft an das Heer in der Frage des Streites mit Rußland einen maßgebenden Einfluß ausüben wird. Der Times-Korrespondent in Washington meldet: Am liebsten würde die amerikanische Regierung es sehen, wenn Rußland und China sich einigen könnten, ohne die Vermittlung einer dritten Macht anzugehen. — Der Washingtoner Korrespondent des „Daily Telegraph“ will wissen, daß der chinesische Gesandte in Peking die Weisung erhalten habe, nach Moskau zu gehen, um über die Regelung des Streites wegen der Eisenbahn Verhandlungen zu beginnen.

Die Truppenstärken im Konfliktgebiet  
W.D. Paris, 23. Juli. (Tel.) Der Korrespondent des „Petit Parisien“ in Schanghai berichtet, die Rußlandregierung habe die Zahl der ihr zur Verfügung stehenden gutbewaffneten Soldaten mit 200 000 Mann angegeben. Die Stärke der russischen Streitkräfte an der Grenze der Mandchurie betrage nur 60 000 Mann.

## Schärfere Handhabung der öffentlichen Fürsorge

Der Reichsarbeitsminister und der Reichsminister des Innern haben im Reichsarbeitsblatt ein Schreiben an die Sozialminister der Länder veröffentlicht und darin eine schärfere Handhabung der öffentlichen Fürsorge angeordnet.

Wenn der Arbeitslose sich ohne berechtigten Grund weigert, eine Arbeit anzunehmen, dann verliert das Gesetz die Unterstützung für vier Wochen. Dasselbe gilt, wenn der Arbeitslose sich ohne berechtigten Grund weigert, sich einer Berufsumschulung oder Fortbildung zu unterziehen, die geeignet ist, ihm die Aufnahme von Arbeit zu erleichtern, ohne daß ihm dadurch Kosten erwachsen. Die Dienststellen der Arbeitslosenversicherung klagen darüber, daß das Verfahren der Fürsorgebehörden in vielen Fällen den Sinn dieser Bestimmungen, den Arbeitswillen zu fördern, durchkreuzt. Die Fürsorgebehörden unterstützen häufig Arbeitslose während der Sperrfrist mit denselben Beträgen, die sie erhalten würden, wenn sie von der Arbeitslosenversicherung zu unterstützen wären. Da die Änderung der Reichsgrundzüge voraussichtlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, soll jetzt im Verwaltungswege dafür gesorgt werden, daß die Fürsorgeverbände den Maßnahmen der Arbeitsämter nicht entgegenwirken.

Es wird als Pflicht der Fürsorgeverbände bezeichnet, in den erwähnten Fällen die Voraussetzungen der Arbeitslosigkeit auf ihre Richtigkeit zu prüfen und Art und Maß der Fürsorge auf das zur Fritung des Lebens Unerläßliche zu beschränken. Dabei muß von der Möglichkeit, die Unterstützung in Form von Sachleistungen zu gewähren, Gebrauch gemacht und namentlich den Familienangehörigen des Arbeitslosen der Lebensunterhalt durch Sachleistungen sichergestellt werden. Sondernfalls sollen laufende Barunterstützungen in demselben oder annähernd demselben Umfang gewährt werden, wie sie dem Arbeitslosen außerhalb der Sperrfrist der Leistungen der Arbeitslosenversicherung zufließen würden.

Schließlich ist jede Unterstützung des Arbeitslosen und seiner Familie wie überhaupt jede Unterstützung arbeitsfähiger Personen davon abhängig zu machen, daß der Arbeitslose sich regelmäßig nach Anweisung des Arbeitsamtes bei diesem melde und um Arbeit bemüht.

## Dr. Dormmüller 60 Jahre alt

Am 24. Juli vollendet der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Dr. Ing. e. h. Julius Dormmüller, sein 60. Lebensjahr. Es wird uns dazu geschrieben:

Erst vor kurzem fand die Wiederwahl Dormmüllers zum Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft statt. Seine Verdienste finden allerseits Anerkennung. Allen Schwierigkeiten zum Trotz ist es ihm gelungen, die Reichsbahn als deutsches Unternehmen zu erhalten, das den Verkehrsbedürfnissen der deutschen Wirtschaft in jeder Hinsicht gerecht wird.

Die Hauptfähigkeiten Dormmüllers liegen nicht, wie gemeinhin angenommen wird, auf technischem, sondern gerade auf organisatorischem und finanziellem Gebiet, wozu ihn seine langjährigen Erfahrungen seiner Auslandsstätigkeit befähigten.

Aus dem Dienst der preussischen Staatsbahnen hervorgegangen, hat er im Ausland Gelegenheit gehabt, im Wettbewerb mit ausländischen Unternehmungen dem Gesetze auf sich selbst gestellter Privatwirtschaft deutsche Prioritäten zu leisten. Gemäß sind seine weitgehenden eisenbahntechnischen Fachkenntnisse von besonderer Bedeutung für den verantwortungsvollen Posten des obersten Reichsbahnleiters. Die größten Schwierigkeiten der letzten Jahre bestanden jedoch in der Umstellung der Reichsbahn in ein in erster Linie auf kaufmännische Grundzüge gestelltes Unternehmen. Gerade die Finanzwirtschaft der Reichsbahn ist einer der wichtigsten Punkte, an denen die persönliche Initiative des Generaldirektors mit Nachdruck eingesetzt hat. Die kamerale Buchführung wurde über Bord geworfen und durch den Übergang zu privatwirtschaftlichen Methoden die Grundlage für Rentabilitätsberechnungen im Betriebe gelegt. Die Öffentlichkeit hat dadurch die Möglichkeit erhalten, die finanziellen Verhältnisse der Reichsbahn zu beurteilen. Der Einblick in die Einzelheiten der Einnahmen- und Ausgabengestaltung erleichtert das Verständnis für die Tarifpolitik der Reichsbahn, deren Durchführung bei Fortsetzung der früher üblichen Geheimnisträumerei sicher auf Schwierigkeiten gestoßen wäre. Dr. Dormmüller hat sich in dem engen, durch die Reparationsverpflichtungen beschränkten Rahmen mit Erfolg bemüht, die Tarifgestaltung den Wünschen der Wirtschaft anzupassen. Der hohe Prozentsatz des Güterverkehrs, der auf Grund von Ausnahmetarifen abgewickelt wird, legt von diesem Bemühen Zeugnis ab. Die Erhöhung der seit 1924 unerbänderten Gütertarife erfolgte im Oktober vorigen Jahres erst, als die von außen aufgezwungene Mehrbelastung durch Reparationen, Lohn- und Gehaltssteigerungen einen anderen Ausweg nicht mehr zuließ.

Die Tarifpolitik der Reichsbahn wird in entscheidender Weise durch die Konkurrenz anderer Verkehrsmittel beeinflusst, für die durchaus ungleiche und günstigere Wettbewerbsgrundlagen bestehen als für die durch Reparationen und aus politischen Gründen übernommenen Pensionslasten vorbelastete Reichsbahn. Die Abwanderung auf andere Verkehrsmittel infolge des Mangels einer rationellen amtlichen Verkehrspolitik bildet eine der schwersten Sorgen Dr. Dormmüllers, wie man seinem Ende Januar vor geladenem Kreise gehaltenen Vortrag entnehmen kann. Mit Offenheit hat der Leiter der Reichsbahn die Gefahren aufgezeigt, die der Reichsbahn und der Allgemeinheit aus der Verkehrsabwanderung drohen.

Die Rücksicht auf die Interessen der Wirtschaft, soweit es sich im Rahmen der finanziellen Verhältnisse nur ermöglichen läßt, ist für den Generaldirektor der Reichsbahn auch bei der Erstellung der Aufträge an die Industrie, die jährlich weit über 1 Milliarde Reichsmark hinausgehen, insofern ausschlaggebend, als angestrebt wird, durch zweckmäßige Verteilung der Aufträge konjunkturausgleichend zu wirken. Auf der anderen Seite führte die Wahrung der ihm anvertrauten finanziellen Interessen der Reichsbahn-Gesellschaft zu einer Neuordnung des gesamten Beschaffungswesens nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die vor zwei Jahren eingeleitete Umgestaltung des Reichsbahn-Zentralamtes steht kurz vor dem Abschluß. In den glücklicherweise nur bereinigten Fällen, in denen sich Beschaffungen im Beschaffungswesen ergaben, hat Dr. Dormmüller zuchtloslos durchgegriffen.

Im Betriebe selbst herrscht als oberster Grundsatz die Wahrung der Betriebssicherheit. Eine Reihe technischer Vorschläge zur Erreichung erhöhter Sicherheit ist auf persönliche Anregungen Dr. Dormmüllers zurückzuführen. Immer wieder ist von ihm betont worden, daß der Oberbau neben den sonstigen Ausgaben nicht zu kurz kommen dürfe. Verstärkung des Oberbaus, Durchführung der Künze-Snort-Bremse, Einführung neuer Kupfer- und Kupplungen, sowie Zugbeeinflussung sind die wichtigsten Punkte seines technischen Verbesserungsprogrammes. Seine Erfolge in der Rationalisierung des Betriebes durch organisatorische Maßnahmen (z. B. Zusammenlegung der Werkstätten) können hier als bekannt vorausgesetzt werden. Die Neueinteilung der Direktionsbezirke steht noch bevor.

## Die französische Aftenpublikation

Der erste Band der französischen Dokumentensammlung über die Vorgehensweise des Krieges ist in Paris erschienen. Er enthält wertvolles Material zur Widerlegung der Behauptung von der deutschen Alleinschuld am Krieg.

Viele Dokumente dienen zum Beweis dafür, daß Bestrebungen unternommen worden waren, Deutschland von den ihm befreundeten Mächten zu trennen. Die Versuche begannen in Konstantinopel, wo der Einfluß Marichalls beseitigt werden sollte, und verlagerte sich in Italien, das man damals bereits als sicheren Anhänger der Entente betrachtete. Die Bestrebungen, Italien zu gewinnen, wurden jedoch von Erwägungen politischer Art in gewissen Grenzen gehalten. Der französische Votschafte in Konstantinopel, Bombard, warnte davor, allzu weit zu gehen, weil die formelle Eingliederung Italiens in die Entente das europäische Gleichgewicht stören und England veranlassen könnte, sich von der Entente zurückzuziehen.

Von besonderem Interesse sind die Berichte des französischen Votschafters in Wien, Crozier, über die angeblichen Bestrebungen des Grafen Aehrenthal, sich von Berlin unabhängig zu machen. Crozier hoffte, auf Grund dieser wirklichen oder vermeintlichen Unabhängigkeitsbestrebungen von Österreich gegen Gewährung eines Darlehens von 1 Milliarde einen Neutralitätsvertrag zu erhalten. In dieser Hinsicht ist das Dokument 168 der Aftenpublikation ganz besonders interessant. Den Bestrebungen Croziers setzte die russische Regierung ein Veto entgegen.

Die Sammlung wird demnächst in deutscher Sprache im Berliner Verlag Reimar Hobbing erscheinen.

Große französische Manöver, vom 28. Juli bis 6. August werden auf dem französischen Truppenübungsplatz Mailly große Manöver stattfinden, an denen 80 000 Mann beteiligt sein werden. Nach dem „Petit Parisien“ sollen dabei alle modernen Kampfmittel eingesetzt werden, darunter 5-6 Flugzeuggeschwader.

# Badischer Teil

## Der Einzelhandel und der badische Minister des Innern

Der Minister des Innern schreibt uns: Die Verbandszeitung „Badischer Einzelhandel“ berichtet in ihrer Nr. 28 vom 12. d. M., ich würde im Herbst d. J. „mein Amt mit dem des einträglichen Generaldirektors der Hamburger-Großeinkaufsgenossenschaft deutscher Konsumvereine vertauschen“.

Diese Mitteilung ist unklar; das weiß die Redaktion der genannten Zeitung auch, aber gleichwohl bringt sie doch dieses bössartige Gerücht in ihrem „Briefkasten“ unter. Die Art und Weise, wie diese „Verlautbarung“ in der Verbandszeitung aufgeführt wurde, läßt eine ganz bestimmte Absicht wohl erkennen. Die in Frage stehenden Herren des Einzelhandels werden sich im Herbst aber sehr enttäuscht sehen.

Die mit dieser unwarren Meldung verbundene Mitteilung, ich sei in meiner zehnjährigen Ministerlaufbahn regelmäßig Besucher der Konsumvereinstagungen gewesen: „zu den Hauptversammlungen des Bad. Einzelhandels fand er nie den Weg“, zeigt den Hintergrund des Vorwurfs auf. Erstens: war ich nicht auf allen Tagungen der Konsumvereine, und soweit ich es war, geschah es u. a. auch in Ausübung meines staatsbürgerlichen Rechtes. Zweitens: wenn der Bad. Einzelhandel unangenehm davon berührt ist, daß ich seine Tagungen nicht besuchte, dann muß er die Ursache für diese meine Abstinenz bei sich suchen.

Das „Ministerium des Innern“ stellte zu den Tagungen des Bad. Einzelhandels jeweils eine Vertretung, ganz so, wie es gewünscht war. Die Einstellung der leitenden Persönlichkeiten zu mir sah doch niemals danach aus, als hätte man mich gerne kommen sehen.

## Die badische Regierung an den Kanzler

Im Auftrag des Staatsministeriums hat gestern der Landrat von Heidelberg dem kranken Reichskanzler Müller einen Blumenstrauch mit den besten Wünschen zur baldigen Wiederherstellung überreicht. Der Reichskanzler hat den Blumenstrauch und die guten Wünsche mit großer Freude entgegengenommen.

## Minister Dr. Leers über Schulfragen

Lehrerbildung — Junglehrer — Ausbau der Volksschule

Unterrichtsminister Dr. Leers sprach kürzlich im Bezirkslehrerverein Karlsruhe über aktuelle Schulfragen und führte dabei nach der „Badischen Schulzeitung“ u. a. folgendes aus: Auf schulischem Gebiet hat Baden Fortschritte gemacht. Der Staat allein konnte allerdings nicht alles leisten. Ministerium und Landtag haben sich wiederholt dafür eingesetzt, daß bei der Besetzung von städtischen Lehrstellen die Landlehrer stärker berücksichtigt werden. Einen Unterschied zwischen Stadt- und Landlehrer gibt es nicht. Es gibt Stadtlehrer, die glauben, in wohlverordneten Rechten gekränkt zu sein. Sie haben keine Aussicht, ihre Forderungen, erfüllt zu sehen.

Bezüglich der Lehrerbildung teilte der Minister mit, daß dieses Jahr zum erstenmal kein Vorkurs gebildet wurde. Die Zahl der sich meldenden Abiturienten war mit 890 so groß, daß eine ganze Anzahl abgewiesen werden mußte. Die Abweisung war eine schwere Sache, da in Ermangelung eines andern Maßstabes die Note des Reifezeugnisses zugrunde gelegt werden mußte.

Zum Kapitel der Junglehrernot konnte der Minister die erfreuliche Mitteilung machen, daß von den 321 auf Anstellung wartenden Kandidaten aller Ordnung noch im Laufe dieses Jahres der größte Teil Verwendung finden wird. Durch die Erhöhung der Schülerzahlen in den nächsten Jahren wird die Notlage auf ein erträgliches Ausmaß zurückgehen. Nach statistischen Berechnungen steigt 1929 die Schülerzahl in Baden um 3000 auf 273.000. Sie wird 1930 um 10.000 und 1931 um weitere 13.000 steigen. Unter Zugrundelegung des Schulaufwandgesetzes vom Jahre 1925, wonach 55 Schüler auf einen Lehrer entfallen, werden hierdurch eine ganze Anzahl neuer Lehrkräfte benötigt. Obwohl wegen der Finanznot des Staates nur so viel Stellen geschaffen werden dürfen, als die sachliche Notwendigkeit bedingt, muß unser Streben doch auf die Errichtung neuer planmäßiger Lehrstellen gerichtet sein; denn in keinem Zweig der Staatsverwaltung ist das Verhältnis der Planmäßigen zu den Außerplanmäßigen so ungünstig, wie bei der Lehrerschaft.

Sodann sprach Minister Leers über die hohe Abwanderung in die höheren Lehranstalten. Besonders die Oberrealschulen haben einen großen Prozentsatz von Schülern, die nicht zur Reife gelangen, sondern schon nach Beendigung der Volksschulpflicht mit einer Halbbildung die höhere Schule verlassen. Nicht eine schärfere Aufnahmeprüfung und nicht die Beschränkung der Schülerzahl schafft hier Abhilfe, sondern einzig der Ausbau unserer Volksschule, damit der angehende Volksschüler von der Wirtschaft wieder begehrt wird. Wir verschaffen dadurch der Schule die Stellung, die ihr zukommt, und der Lehrer empfindet Befriedigung, wenn er die Menge seiner Schüler hinaufführen kann.

## Konsularische Vertretung El Salvadors

Das dem Generalkonsul von El Salvador für das Deutsche Reich in Hamburg, Dr. Arcadio Roscoe Velasco, erteilte Exequatur ist aufgehoben; hiermit ist auch seine Zulassung in Baden erloschen.

## Hitze und Unwetter

Die anhaltende Hitze hat in allen Teilen Badens Rekordwerte. Aus Mannheim wird gemeldet, daß dort das Thermometer am Sonntag auf 39 Grad im Schatten stieg, in Heidelberg waren es 35. In Karlsruhe wurden 34 Grad vom Thermometer im Schatten abgelesen, die noch am Samstag überschritten worden sind. An diesem Tage war die Höchsttemperatur 34,8 Grad, während am Montag die Hitze vor dem Nachmittagsgewitter auf 32,6 Grad gestiegen war. Den Rekord schlug aber Oberbaden. In Badenweiler wurde am Sonntag in der Nähe der Kurparkgärtnerei eine Temperatur von 50 Grad im Freien gemessen.

Selbstverständlich ist, daß der Sonntag in den Städten eine Wollenschicht aus dem Himmel herab brachte. Der Rheinstrand bei Mannheim sah etwa 20.000 Badende, der Redarstrand bei Heidelberg war nicht weniger dicht bevölkert. Das neueröffnete Strandbad Rappenhof bei Karlsruhe sah am ersten Sonntag seines Bestehens etwa 15.000 Besucher. Trotz aller Warnungen, größte Vorsicht beim Baden zu üben, wächst die

Zahl der Badeopfer täglich. So mußte denn auch am Sonntag eine ganze Anzahl fast ausschließlich jugendlicher beklagt werden.

Alle der Karlsruher und Bruchtaler Gegend setzte Montag nachmittag gegen 4 Uhr ein schweres Gewitter, verbunden mit heftigem Hagelschlag und orkanartigem Sturm, ein. An den Feldern und Gärten wurde erheblicher Schaden angerichtet. Besonders hauste das Unwetter in der Gegend von Leutenhau, wo u. a. eine Geflügelfarm zerstört wurde. Dabei wurde durch Einsturz eines Mauerteils eine 23jährige Mobilia aus Karlsruhe, die bei der Vergung der Ernte half, getötet. — In Unterzweheim stürzte eine Fiegelei samt Schornstein ein. Menschen kamen hier nicht zu Schaden. — In Karlsruhe und Bruchtal entstanden, obwohl die Wassermassen nur kurze Zeit niedergingen, starke Stauungen, so daß in verschiedenen Straßen das Wasser in die Keller drang.

## Aus der Landeshauptstadt

### Die Verfassungsfeier in Karlsruhe

Das Staatsministerium veranstaltet am Verfassungstag, Sonntag, dem 11. August 1929, vormittags 11 1/2 Uhr, auf dem Schloßplatz eine allgemeine feierliche Kundgebung.

Sämtliche Vereine und Verbände der Stadt werden eingeladen, sich geschlossen mit Fahnen an der Feier zu beteiligen.

Persönliche Anmeldung zwecks näherer Ordnung des Anmarsches und Verteilung der Plätze wird erbeten an die Auskunftsstelle im Rathaus, Zimmer Nr. 2, Eingang Hauptportal am Marktplatz.

## Staatsanzeiger

### Rechnungsergebnis der Badischen Gebäudeversicherungsanstalt für das Jahr 1928.

Die vom Verwaltungsrat der Gebäudeversicherungsanstalt vorgelegte Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, sowie über das Vermögen der Anstalt für das Geschäftsjahr 1928 wird nachstehend gemäß § 65 Gebäudeversicherungs-gesetz zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Karlsruhe, den 17. Juli 1929.

Der Minister des Innern:

Remmelé.

### Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, sowie über das Vermögen der Gebäudeversicherungsanstalt für das Jahr 1928.

#### A. Einnahmen und Ausgaben.

Einnahmen	Soll		Hat		Rest	
	RM	Sp	RM	Sp	RM	Sp
1. Rückstände aus früheren Jahren, sowie Kassenrest aus voriger Rechnung	1 402 067	16	1 343 479	45	68 587	71
2. Beiträge für 1927	8 639 967	41	8 506 761	22	133 206	19
3. Zinsen von angelegten Kapitalien	1 668 078	87	1 663 682	18	4 396	69
4. Ertrag aus Liegenschaften	29 763	99	29 708	49	55	50
5. Ersatz von Einschätzungskosten	51 054	60	47 401	91	3 652	78
6. Angelegte Kapitalien						
a) aus früheren Jahren	17 037 301	64	1 647 933	56	15 389 368	08
b) vom laufenden Jahre	5 119 959	52	3 412 468	04	1 707 491	48
7. Aufgenommene Kapitalien	267 538	02	267 538	02	—	—
8. Kursgewinn	170 813	45	170 813	45	—	—
9. Für fremde Rechnung (Vorschüsse), sowie Berichtigung irriger Kassenbucheinträge	4 771 521	45	2 971 360	86	1 800 160	59
10. Verschiedene und zufällige Einnahmen, sowie Abgang von Ausgabeerfsten	46 971	46	46 970	64	—	82
<b>Summe der Einnahmen</b>	<b>39 195 037</b>	<b>66</b>	<b>20 098 117</b>	<b>82</b>	<b>19 096 919</b>	<b>84</b>

Ausgaben	Soll		Hat		Rest	
	RM	Sp	RM	Sp	RM	Sp
1. Rückstände aus früheren Jahren ohne Entschädigungen	177 633	12	177 633	12	—	—
2. Kosten des Einzugs der Beiträge	341 453	68	270 026	19	71 427	49
3. Verwaltungsaufwand:						
a) persönlicher	230 343	79	230 343	79	—	—
b) sachlicher	71 865	10	71 865	10	—	—
4. Entschädigungen:						
a) aus früheren Jahren	3 311 230	53	2 428 723	65	882 506	88
b) vom laufenden Jahre	8 761 874	91	5 103 643	23	3 658 231	68
5. Schätzungsabgaben	497 512	82	497 512	82	—	—
6. Öffentliche Abgaben und andere Lasten	911 952	80	304 331	15	7 621	65
7. Bauunterhaltungskosten	12 940	43	12 940	43	—	—
8. Zinsen für Schuldkapitalien	7 316	98	7 316	98	—	—
9. Angelegte Kapitalien	5 085 383	20	5 085 383	20	—	—
10. Heimbezogene Kapitalien	769 943	02	769 943	02	—	—
11. Für Versorgung der im Dienste der Anstalt stehenden Personen und deren Hinterbliebenen:						
a) aus früheren Jahren	110 408	06	—	—	110 408	06
b) vom laufenden Jahre	34 576	32	—	—	34 576	32
12. Für fremde Rechnung (Vorschüsse), sowie Berichtigung irriger Kassenbucheinträge	4 771 521	45	4 692 814	29	78 707	16
13. Kassenrest am fünfjährigen Rechnung	291 403	56	291 403	56	—	—
14. Verschiedene und zufällige Ausgaben, sowie Abgang von Einnahmeverfsten	154 237	28	154 237	28	—	—
<b>Summe der Ausgaben</b>	<b>24 941 597</b>	<b>06</b>	<b>20 098 117</b>	<b>82</b>	<b>4 843 479</b>	<b>24</b>
<b>Summe der Einnahmen</b>	<b>39 195 037</b>	<b>66</b>	<b>20 098 117</b>	<b>82</b>	<b>19 096 919</b>	<b>84</b>
<b>Witbin Mehreinnahme</b>	<b>14 253 440</b>	<b>60</b>	—	—	<b>14 253 440</b>	<b>60</b>

#### B. Darstellung des Vermögens- und Schuldenstandes.

I. Vermögen:	RM		Sp	
	RM	Sp	RM	Sp
1. Liegenschaften	746 421	—	—	—
2. Ausstehende Kapitalien	16 296 553	35	—	—
3. Einnahmeverfste	171 761	62	—	—
4. Kassenverrat:				
a) auf lfd. Konto bei Banken	275 713,90	RM	—	—
b) auf Postkassenkonto und Verbotrat	15 690,26	„	291 403	56
5. Fährnisse	101 015	58	—	—
6. Ersatzforderungen an die Gebäudeeigentümer	8 787 319	—	—	—
<b>Summe I.</b>	<b>24 941 597</b>	<b>06</b>	<b>20 098 117</b>	<b>82</b>
<b>II. Schulden:</b>				
1. Zu leistende Entschädigungen	5 201 058	72	—	—
2. Versorgungsfonds	144 984	38	—	—
3. Ausgabeerfste (ohne Entschädigungen)	167 766	30	—	—
<b>Summe II.</b>	<b>5 513 808</b>	<b>40</b>	<b>20 890 674</b>	<b>11</b>
<b>Reines Vermögen am 31. XII. 1928</b>	<b>19 427 789</b>	<b>66</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
und zwar:				
a) Liegenschaften- und Fährniswert	847 436	58	—	—
b) Betriebs- und Ausgleichsfonds	20 043 237	83	—	—
<b>zusammen wie oben</b>	<b>20 890 674</b>	<b>11</b>	<b>—</b>	<b>—</b>

In dem 20043 237 RM 53 Sp betragenden Betriebs- und Ausgleichsfonds ist die erst im Jahre 1929 eingehende Umlage mit vorausichtlich 8 787 319 RM enthalten (O.-Z. I. 6), so daß das am 31. Dezember 1928 verfügbare Vermögen 11 265 918 RM 53 Sp beträgt.

Unter den ausstehenden Kapitalien (O.-Z. I. 2) befinden sich Wertpapiere mit einem Anschaffungswert von 13 760 268 RM 01 Sp und einem Kurswert am 31. XII. 1928 von 13 626 318 RM 69 Sp.

Karlsruhe, den 1. Juli 1929.

Der Verwaltungsrat der Gebäudeversicherungsanstalt:  
Arnold.



Offizielle Gewinnliste

der Badischen Geldlotterie zu Gunsten des Kehler Turnvereines 1845 e. V.

Ziehung erfolgte planmäßig am 12. u. 13. Juli 1929 durch das Notariat VI zu Mannheim.

A. Hauptgewinne von 10 Reichsmark aufwärts.

Table with 20 columns: Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag

B. Gewinne zu je 3 Reichsmark.

Table with 20 columns: Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag

C. Gewinne zu je 2 Reichsmark.

Table with 20 columns: Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag

D. Gewinne zu je 1 Reichsmark.

Table with 20 columns: Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag, Los-Nr., Gew.-Betrag

Bitte wenden!

Bitte die Rückseite zu beachten!

Fortsetzung auf der Rückseite.

